

Globale Ungleichheit verschärft sich

Jahr für Jahr versammelt sich die selbsternannte Wirtschaftselite im Schweizer Kurort Davos, um über aktuelle Probleme der Weltwirtschaft zu diskutieren. Ein wichtiges Thema in diesem Jahr: die weltweit zunehmende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen. Scheinbar haben auch die topverdienenden Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels mittlerweile erkannt, dass das Problem der sozialen Schieflage drängender denn je ist. Kein Wunder, schließlich gefährdet die Ungleichheit mittlerweile auch die Struktur der Weltwirtschaft. Denn der neue US-Präsident Trump, die britischen Brexit-Befürworter und rechtspopulistische Parteien weltweit machen nicht nur gegen die wirtschaftliche Globalisierung mobil und fördern Nationalismus und Protektionismus. Ihre Wahlerfolge sind auch Ausdruck dessen, dass sich ein immer größerer Teil der Bevölkerung zu recht finanziell abgehängt fühlt.

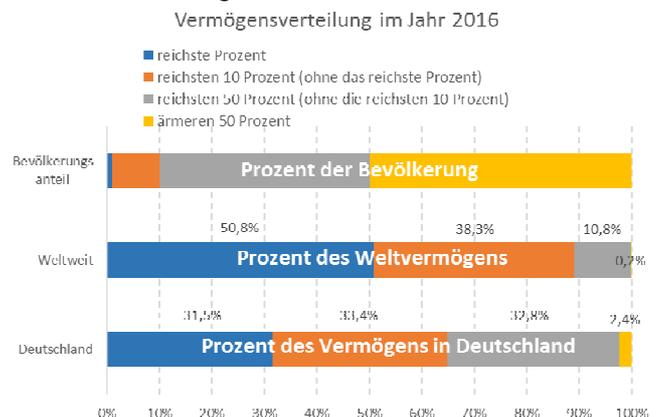
Die Entwicklungsorganisation Oxfam stellte kürzlich fest, dass im letzten Jahr die acht reichsten Personen der Welt ein höheres Nettovermögen (Vermögen minus Schulden) besaßen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Die ärmeren 50 % der Weltbevölkerung besitzen lediglich 0,2 % des Vermögens (siehe Abbildung). In Deutschland sieht es kaum besser aus. 36 Personen, unter ihnen die Aldi-Familie, die BMW-Großaktionärin Susanne Klatten und der Unternehmersohn Georg Schaeffler, besitzen mehr als 41 Millionen Bundesbürger zusammen. Die reichere Hälfte der Bevölkerung besitzt fast alles (98 % des Nettovermögens), während der Rest fast nichts hat.

Auch die Einkommen haben sich laut Oxfam global sehr unterschiedlich entwickelt. Die Jahreseinkommen der ärmsten 10 % der Weltbevölkerung stiegen in den vergangenen 30 Jahren nur um 65 US-Dollar, wohingegen die Einkommen des obersten Prozents um knapp 12.000 Dollar wuchsen.

Die extreme Ungleichheit hat ihre Ursachen: Neben dem Ausbau des Niedriglohnssektors und prekärer Beschäftigung in vielen Industriestaaten sank vielerorts auch die Zahl der Beschäftigten, deren Rechte durch Tarifvertrag geschützt sind. Geschäftsmodelle breiten sich aus, die sich nur am finanziellen Wohlergehen der Aktionäre orientieren. Zudem treibt die Steuerflucht der Konzerne Staaten in einen ruinösen Steuerwettbewerb. Dieses Steuerdumping führt zu leeren öffentlichen Kassen mit unmittelbaren Folgen für die Bevölkerung. Allein die Entwicklungsländer verlieren pro Jahr mindestens 100 Milliarden US-Dollar durch aggressive Steuervermeidung.

Armut zwingt viele Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Ungleichheit ist sozial ungerecht und bringt wirtschaftliche Probleme. Sie ist aber auch ein Problem für die Demokratie: Wenige Superreiche werden politisch einflussreicher, während sich in der Bevölkerung Politikverdrossenheit und Abstiegsängste breit machen.

Die Eliten aus Wirtschaft und Politik müssen beweisen, dass der Kampf gegen Armut und Ungleichheit nicht nur Bestandteil Davoser Sonntagsreden bleibt. Es braucht jetzt eine globale Armutsbekämpfungsstrategie, ein Ende großzügiger Steuerbefreiungen für Großkonzerne und eine Politik, die sich an den Interessen der Menschen und nicht an wenigen Aktionären orientiert.



Quelle: Berechnungen von Oxfam.